

Dieter B. Herrmann

**Wissenschaft und Politik**  
**Bericht des Präsidenten an den Leibniztag 2007**

Meine Damen und Herren,

hinter uns liegt ein Jahr voller umfangreicher, vielfältiger und erfolgreicher wissenschaftlicher Arbeit, die sich vorrangig in den Sitzungen der beiden Klassen und des Plenums unserer Sozietät abgespielt hat. Dabei stand das Bemühen im Vordergrund, der Intention unseres Gründers Leibniz zu folgen und den Gedanken der Interdisziplinarität und der gesellschaftlichen Relevanz der behandelten Themen zur Geltung zu bringen. Die Bedeutung der universalen Ideen von Gottfried Wilhelm Leibniz wird gerade in diesen Tagen auf eindrucksvolle Weise unterstrichen durch den UNESCO-Beschluss, den Briefwechsel von Leibniz als ein „Gründungsdokument der Moderne“ in das Register des Programms „Memory of the World“ aufzunehmen. Das interdisziplinäre Herangehen an wissenschaftliche Fragen im Sinne von Leibniz ist ein besonderes Markenzeichen unserer Sozietät, an dem wir beharrlich festhalten wollen. Das scheint mir die einzige vernünftige und aussichtsreiche Herangehensweise an die Probleme aktueller Wissenschaft zu sein, wenn sie gesellschaftlich wirksam werden will.

Aus der Vielzahl unserer Aktivitäten möchte ich besonders die Veranstaltungen zu den Themenkreisen „Elektronik und Sensoren“, „Nachhaltigkeit und Ethik“, „Bedingungen und Chancen alternativer Wirtschaftspolitik“, „Die Entschlüsselung des Humangenoms“, „Das atmosphärische Ozon“ und „Ergebnisse und Probleme der geophysikalischen Wissenschaften“ hervorheben.

Insgesamt überdeckte das Spektrum unserer Veranstaltungen die Gebiete Philosophie, Geschichts- und Politikwissenschaften, Wissenschafts-, Kultur- und Kunstgeschichte, Psychologie, Mathematik, Klimaforschung und Technikwissenschaften sowie Chemie, Medizin und Sprach- und Literaturwissenschaft.

Zu besonderen Höhepunkten gestalteten sich erst vor wenigen Monaten drei ganz- bzw. mehrtägige Veranstaltungen des Plenums, von denen zwei im Senatsaal der Berliner Humboldt-Universität stattfanden:

zum ersten das Kolloquium am 1. und 2. März anlässlich des 80. Geburtstages unseres verehrten Mitgliedes Hans Heinz Holz „Die Lust am Widerspruch“, das mit einer beachtlichen internationalen Beteiligung stattfand und gemeinsam mit der Internationalen Gesellschaft Hegel-Marx für dialektisches Denken veranstaltet wurde. Es entsprach durchaus dem Motto der Tagung, dass die Referenten und Diskussionsredner bei dieser Gelegenheit auch die „Lust am Widersprechen“ unter Beweis stellten.

Bereits am 8. März folgte die Plenarveranstaltung aus Anlass des 350. Jahrestages des Erscheinens von Johann Amos Comenius' „Opera didactica omnia“, auf der auch der Botschafter der Tschechischen Republik und der Vizepräsident der Tschechischen Akademie der Wissenschaften das Wort nahmen. Es ist schon jetzt ersichtlich, dass diese Veranstaltung dazu beigetragen hat, unsere Zusammenarbeit mit der Tschechischen Akademie der Wissenschaften zu intensivieren.

Am 12. April galt unsere Plenarsitzung dem 300. Geburtstag des genialen Mathematikers Leonhard Euler unter Beteiligung mehrerer russischer Fachkollegen, deren Teilnahme dankenswerter Weise durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) ermöglicht wurde. Auch in den scheinbar nur dem historischen Gedenken verpflichteten Veranstaltungen wurden die gegenwärtige und zukünftige Bedeutung der gewürdigten Leistungen herausgestellt.

Ein erheblicher Teil dieser wissenschaftlichen Aktivitäten hat sich inzwischen auch in den Bänden der „Sitzungsberichte“ niedergeschlagen, von denen seit dem Leibniz-Tag 2006 insgesamt sieben erschienen sind. Von den Bänden 84 bis 90 sind insbesondere die Nummern 89 und 90 in einer größeren Stückzahl gedruckt worden, als es dem sonstigen Verteilerschlüssel entspricht. Der Band 90 unter dem Titel „Theoria cum praxi“ stellt gleichsam eine Art Selbstporträt des LIFIS dar und erschien noch rechtzeitig zum fünfjährigen Bestehen des „Leibniz-Institutes für Interdisziplinäre Studien“. An dieser Stelle ist besonders dem Redaktionskollegium unter Leitung von Wolf Dietrich Hartung herzlich zu danken, die eine umfangreiche Arbeit zu bewältigen hatte, um alle Bände herauszubringen, ungeachtet der Tatsache, dass sich viele Autoren nicht an die Richtlinien halten, die für die Ablieferung von Manuskripten gelten, wodurch eine unnötige zusätzliche Belastung für die Bearbeitung entsteht.

Auch die Reihe der „Abhandlungen“ ist weiter vorangekommen. Insgesamt liegen jetzt 21 Bände vor oder stehen kurz vor dem Erscheinen. Unsere neue elektronische Zeitschrift „Leibniz online“ bereitet uns zwar in verschiedener Hinsicht noch etwas Kummer. Dennoch konnten bisher drei Ausgaben ins Netz gestellt werden.

Trotz der umfangreichen Publikationstätigkeit unserer Akademie stellen die meisten Bände, insbesondere die „Sitzungsberichte“, zurzeit immer noch eine Art „interne Dokumentation“ dar. Die Bände sind ungenügend bekannt und nur in einigen der großen Bibliotheken, zudem meist auch nicht vollständig vorhanden. An diesem Zustand müssen wir dringend etwas ändern, auch unter Aufwendung von Kosten, um unsere Arbeiten für die wissenschaftliche community besser nutzbar zu machen. Es ist allerdings auch positiv festzustellen, dass die meisten unserer Arbeiten über das Internet gefunden werden können, weil dieses zeitgemäße elektronische Medium unsere Publikationen regelmäßig auswertet, wobei offenbar auf unsere Homepage zurückgegriffen wird. Das ändert jedoch nichts an dem schwierigen Zugriff auf die eigentlichen Texte, die nur in Ausnahmefällen online zur Verfügung stehen. Ich bitte deshalb unsere Mitglieder, nach ihren Kräften zum weiteren Bekanntwerden unserer Sitzungsberichte beizutragen.

Gestatten Sie mir, hier auch noch auf eine bemerkenswerte Publikation hinzuweisen, die zumindest unter fördernder Mitwirkung zahlreicher Mitglieder unserer Sozietät entstanden ist, auf Heinz Heikenroths vor wenigen Wochen erschienenen Buch „Die Berliner Akademie der Wissenschaften und ihre Auszeichnungen 1946 – 2006“. Dieses Werk stellt m. E. einen wichtigen Beitrag zur Akademiegeschichtsschreibung dar.

### **Kooperation ausbaufähig**

An dieser Stelle möchte ich all unseren Kooperationspartnern herzlich danken, die an zahlreichen unserer Aktivitäten einen beachtlichen wissenschaftlichen und organisatorischen Anteil hatten. Ich nenne hier zum einen das „Leibniz-Institut für interdisziplinäre Studien (LIFIS)“, zum anderen den Mittelstandsverband Oberhavel, die „Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät“, die Gesellschaft für Kybernetik, die Wissenschaftliche Gesellschaft der Jüdischen Gemeinde zu Berlin sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Was unsere Kooperationspartner anbetrifft, so möchte ich noch die von Karl Heinz Domdey initiierte jahrelange Zusammenarbeit des Instituts für Internationale Weltwirtschaft und Weltpolitik (IWWWW) mit unserer Sozietät hervorheben. Die Zusammenarbeit wurde seit dem vergangenen Leibniz-Tag

mit zwei Veranstaltungen unter aktiver Teilnahme von Mitgliedern der Sozietät erfolgreich fortgesetzt. Die Materialien zum Thema „Macht, Herrschaft und Kampf in der sozialen Welt“ sind bereits in den international viel beachteten Berichten des IWVWW erschienen. Das Heft zur XV. Europawissenschaftlichen Konferenz „Europa zwischen gestern und morgen“ ist im Druck. Wir danken Karl Heinz Domdey für seine unermüdliche Aktivität und unserem Mitglied Jörg Roesler, der sich für die Kooperation mit dem IWVWW stark engagiert.

Ich betone bei dieser Gelegenheit gern: Wir sind offen für Zusammenarbeit auch mit allen anderen Hochschulen und Akademien, Stiftungen, Gesellschaften und Instituten und werden uns auch künftig zielgerichtet um solche Kooperationen bemühen, wenn sie der Bearbeitung unserer wissenschaftlichen Fragestellungen dienen können.

Ein guter Kontakt hat sich inzwischen auch zum Langenbeck-Virchow-Haus in Berlin angebahnt. Herr Prof. Hahn, der langjährige Vorsitzende der Berliner Medizinischen Gesellschaft, ist uns konstruktiv entgegengekommen und hat wesentlich dazu beigetragen, dass diese in Berlin berühmte und mit vielen Traditionen verbundene Örtlichkeit jetzt auch unsere Adresse darstellt. Weitere Kooperationen sind vorgesehen, und es ist kein Geheimnis, dass wir im Langenbeck-Virchow-Haus gern unsere künftige Geschäftsstelle einrichten wollen, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Im Bündnis für Bildung, das wir seit Jahren mit der Bildungsakademie der Volkssolidarität in Berlin pflegen, haben wir auf Anregung des Akademiebeirats das Themenspektrum erweitert. Im Berichtszeitraum ging es um mögliches intelligentes Leben im All, den „Mythos Mond“, die sichere Versorgung der Menschheit mit Energie und Rohstoffen, um die Janusköpfigkeit moderner Informationstechnologien und um die Wertung der Leistung von Martin Luther. Absprachen für weitere Vorträge sind bereits getroffen. Wir entsprechen damit unserer Verantwortung, Erkenntnisse einem interessierten Zuhörerkreis zu vermitteln und damit die Arbeit in der Öffentlichkeit zu verstärken, worüber im Bericht auf dem letzten Leibniz-Tag gesprochen wurde.

Auch dem Senat von Berlin ist wieder herzlich zu danken. Er hat unsere Arbeiten im vergangenen Jahr, aber auch unsere Projekte zum Jahr der Geisteswissenschaften 2007 durch die Bereitstellung von Fördermitteln unterstützt. Auch die im Herbst bevorstehende (in Kurzfassung sogenannte) „Sputnik-Tagung“ fällt darunter. Die Förderung durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung trägt wesentlich dazu bei, dass wir trotz angespannter finanzieller Lage unsere Vorhaben auch in diesem Jahr verwirklichen können.

Den zweifellos größten und materiell gar nicht abzuschätzenden Anteil aber stellt die ehrenamtliche Arbeit unserer Mitglieder dar, vom wissenschaftlichen Beitrag bis zur Organisation und Dokumentation der Veranstaltungen. Ich möchte deshalb allen wärmsten Dank sagen, die sich aktiv an unserer Arbeit beteiligt und dadurch die Vitalität unserer Sozietät als eine zivilgesellschaftliche wissenschaftliche Vereinigung erneut unter Beweis gestellt haben.

Der besondere Dank aber gilt jenen unserer Mitglieder, die jahrelang in verantwortungsvollen Funktionen tätig waren und jetzt aus diesen Verantwortungen auf ihren eigenen Wunsch ausgeschieden sind: Herzlichen Dank an Gerhard Öhlmann für seine engagierte und zuverlässige Arbeit als Stellvertretender Sekretar der Klasse Naturwissenschaften. Seine Funktion hat jetzt Dietrich Balzer übernommen. Herzlichen Dank an Werner Scheler. Für seine langjährige Tätigkeit als Vorsitzender der Schiedskommission und Mitglied der Zuwahlkommission sowie in Anerkennung seiner großen Verdienste als Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR, als Autor und Herausgeber von Büchern zur Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften nach 1945 wurde ihm auf der Geschäftssitzung im Januar die Ehrenurkunde der Leibniz-Sozietät überreicht. An seiner Stelle in der Schiedskommission ist jetzt Herbert Hörz tätig, während Hermann Klenner den Vorsitz übernommen hat. Gisela Jacobasch hat sich zur Mitarbeit in der Zuwahlkommission bereit erklärt. Gert Wangermann ist herzlich für seine jahrelange erfolgreiche Tätigkeit beim Aufbau und bei der Entwicklung des LIFIS zu danken. Unter seiner Leitung hat sich das LIFIS Themen von gesellschaftlicher Relevanz zugewandt und dazu mehrere Konferenzen durchgeführt, auf denen im interdisziplinären Dialog Verbindungen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik initiiert und gefördert wurden. Gert Wangermann ist kürzlich als Vorstandsvorsitzender entpflichtet worden. Seine Funktion hat Lutz-Günter Fleischer übernommen.

Dank gebührt nicht zuletzt auch Heinz Kautzleben, der mehr als zehn Jahre als Geschäftsführer der „Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät“ engagiert tätig gewesen ist und dadurch auch im erweiterten Präsidium mit seinen konstruktiven Ratschlägen stets präsent war. Die von ihm im Auftrag und in Vertretung des Kuratoriums der Stiftung angefertigten Ausarbeitungen zur Entwicklung der Sozietät bilden eine wesentliche Grundlage für die AG "Perspektiven der Leibniz-Sozietät". Die Funktion von Heinz Kautzleben hat jetzt Bodo Krause inne. Den neuen Aktiven wünsche ich von dieser Stelle viel Erfolg in ihrer Arbeit.

Wir haben es schon oft als nachteilig empfunden, dass wir bisher keine Möglichkeit hatten, unseren Dank auch auf andere Weise als nur durch freundliche Worte abzustatten. Die Leibniz-Medaille ist bekanntlich ausschließlich Personen vorbehalten, die nicht Mitglied unserer Sozietät sind. Das Präsidium unserer Sozietät hat deshalb auf seiner Sitzung am 21. Juni 2007 das Statut einer in lateinischer Sprache abgefassten Ehrenurkunde und das Statut der Jablonski-Medaille entworfen, das der nächsten Mitgliederversammlung im Januar 2008 zur Bestätigung vorgelegt wird. Die Ehrenurkunde wurde bereits zweimal vergeben, nämlich an Wolfgang Eichhorn und Werner Scheler. Jetzt sind die Vergabegrundsätze in eine Regel gefasst, ebenso jene der Jablonski-Medaille. Letztere kann zweimal jährlich vergeben werden – auf der Festsitzung am Leibniz-Tag –, die Ehrenurkunde einmal jährlich auf einer Geschäftssitzung des Plenums.

### **AG Perspektiven erörtert Zukunft der Sozietät**

In meinem Bericht an den Leibniz-Tag 2006 hatte ich festgestellt, dass unsere Akademie nach wesentlichen Kriterien heute eine andere ist als zur Zeit ihrer Gründung. Das müssen wir in unserer Arbeit zunehmend berücksichtigen. Ich habe deshalb eine zeitweilige Arbeitsgruppe „Perspektiven der Leibniz-Sozietät“ ins Leben gerufen, die seit dem Februar dieses Jahres bereits sechs Mal getagt hat, um alle anstehenden Fragen offen und vorurteilsfrei zu diskutieren und Lösungsvorschläge für die aufgelaufenen Probleme auszuarbeiten. Die AG Perspektiven hat zu diesem Zweck auch einen Meinungs austausch mit allen Leitern der Arbeitsgruppen und den Mitgliedern der Programmkommission sowie der Leitung des LIFIS durchgeführt, die erfreulich ergebnisreich verlaufen sind. Ich kann Ihnen heute nicht das Endresultat dieser Bemühungen unterbreiten, denn der Problemkomplex ist so umfangreich, dass wir noch bis gegen Jahresende damit beschäftigt sein werden. Die AG „Perspektiven“ hat die Problembereiche strukturiert und folgende Komplexe in den Mittelpunkt ihrer Erörterungen gestellt: die inhaltliche Arbeit der Sozietät, die Mitgliederanalyse und die Zuwahlpolitik, die Kooperationspartner, die Öffentlichkeitsarbeit, organisatorische Probleme sowie das Statut und die Geschäftsordnung der Sozietät. In der Abfolge von Analyse, Beratung und Lösungsvorschlägen soll so ein Papier entstehen, in dem unserem Präsidium Vorschläge für kurzfristige, mittelfristige und längerfristige Maßnahmen unterbreitet werden.

Ein auf diese Weise bereits zustande gekommener Beschluss des Präsidiums betrifft die Einrichtung eines Wissenschaftlichen Beirates unter Leitung

von Gerhard Banse und Wolfgang Küttler, der das Präsidium künftig in wichtigen strategischen Fragen beraten wird und die bisherige, zuletzt wenig effiziente Arbeit der Programmkommission ablöst. Der Beirat wird sich u.a. mit Vorschlägen von Schwerpunkten für die Arbeit der Klassen und des Plenums entsprechend der allgemeinen Wissenschaftsentwicklung beschäftigen, den ständigen Kontakt zu den Arbeitsgruppen und zum LIFIS pflegen, thematische Vorschläge für die Arbeit bestehender und die eventuelle Konstituierung neuer Arbeitskreise unterbreiten und mit der Zuwahlkommission und der Redaktionskommission eng zusammenarbeiten. Der Beirat soll aus etwa 20 Mitgliedern unserer Sozietät bestehen und in seiner Zusammensetzung die gegenwärtige Struktur der Mitglieder und der Wirkungsfelder unserer Akademie adäquat widerspiegeln. Er wird – so hoffe ich – wesentlich dazu beitragen, die strategische Arbeit unserer Akademie zu verbessern, das Band zwischen allen Mitgliedern enger zu knüpfen und unser beachtliches Potenzial somit effektiver auszuschöpfen. Ein weiterer Vizepräsident sollte u. a. die Aufgabe übernehmen, den Kontakt zwischen Präsidium und Wissenschaftlichem Beirat zu pflegen.

Das Band unter den Mitgliedern ungeachtet räumlicher Distanzen enger zu knüpfen, dazu soll – entsprechend einer Empfehlung der AG „Perspektiven“ – auch eine wissenschaftliche Jahreskonferenz dienen, deren Durchführung das Präsidium erstmals für das Jahr 2008 beschlossen hat. Sie wird unmittelbar auf den Leibniz-Tag folgen und sich im kommenden Jahr mit dem Thema „Mathematik“ in all ihren Verflechtungen und Dimensionen befassen. Wir wollen damit zugleich einen spezifischen Beitrag zu dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgerufenen „Wissenschaftsjahr der Mathematik“ erbringen, der die interdisziplinäre Herangehensweise unserer Sozietät voll ausschöpfen wird. Mit der Vorbereitung dieser wissenschaftlichen Jahreskonferenz hat der „Wissenschaftliche Beirat“ unserer Sozietät bereits begonnen.

Um die Potenzen unserer Sozietät besser nutzen zu können und besonders den Anforderungen aus der Praxis besser genügen zu können, hat das LIFIS den Vorschlag unterbreitet, einen Kompetenzkatalog zu erstellen. Das Präsidium hat diesem Vorschlag zugestimmt und allen Mitgliedern inzwischen den entsprechenden Fragebogen übermittelt. Ich bitte Sie, unser Anliegen zu fördern und diesen Fragebogen ausgefüllt an LIFIS direkt oder an das Präsidium zurückzusenden.

Ich bin davon überzeugt, dass die Arbeit der AG „Perspektiven“ einen wesentlichen Beitrag zum weiteren Ausbau unserer Sozietät, ihrer Effizienz und öffentlichen Wirksamkeit leisten wird.

Der heute hier ausliegende Flyer enthält in knapper Form unser Selbstporträt. Ich bitte unsere Mitglieder und Gäste, sich mit der aus ihrer Sicht notwendigen Zahl von Exemplaren zu versehen, um durch Ausreichung dieses Flyers unter ihren Kolleginnen und Kollegen das Anliegen und den Status unserer Sozietät weiter bekannt zu machen.

### **Wissenschaft, Macht und Politik – ein schwieriges Problemfeld**

Meine Damen und Herren,

Sie kennen vermutlich die Geschichte vom Tod des Archimedes. Als er gedankenversunken seine geometrischen Figuren in den Sand malte und den römischen Kriegern, die im Jahre 212 v. Chr. Syrakus eroberten, zurief „Störet meine Kreise nicht“, wurde er der Überlieferung nach erschlagen. Spätestens hier wird schon in der alten Geschichte symbolhaft ein wichtiger Aspekt der Wechselbeziehung von Politik und Wissenschaft deutlich. Wer im Elfenbeinturm verharrt, um ungestört seinen Forschungen nachzugehen, könnte schnell von der Realität daran gehindert werden.

Verstehen wir Politik als die Gesamtheit dessen, was durch Politiker entschieden wird, so ist die Feststellung trivial, dass jeder Bürger in jedem Staat mehr oder weniger von Politik betroffen wird. Auch wir als Wissenschaftler müssen uns fragen, in welches Verhältnis wir uns zu den politisch Mächtigen begeben wollen, ja vielleicht sogar sollten. Ich verstehe die Klärung unseres Verhältnisses zur Politik in diesem Sinne als einen wichtigen Teil der Verantwortung des Wissenschaftlers.

Nichts zeigt dies deutlicher als die Geschichte der US-amerikanischen Atombombe und ihr Einsatz 1945 in Japan. Die Politiker, die diesen Einsatz entschieden, wussten wenig über das „Manhattan-Project“ und das wahre Wesen der neuen Waffe, die beteiligten Wissenschaftler hingegen nichts über die weltpolitische Situation. Robert W. Oppenheimer, der Leiter des Projekts, gestand später sogar selbst ein, dass die Kernforscher „nicht die Bohne“ über die militärische Lage in Japan wussten. Dennoch sprachen sie sich für den Einsatz der Bombe aus, „weil man es uns so dargestellt hatte“<sup>1</sup>. Das erinnert an zahlreiche spätere Strategien von Politikern. Insbesondere der letzte und bis heute nicht beendete Irak-Krieg drängt sich ins Bewusstsein. Hier wurde nicht nur Wissenschaftlern, sondern der gesamten Weltöffentlichkeit eine Lage dargestellt, die in Wirklichkeit nicht bestand. Aus diesen Tatsachen kann man nur den Schluss ziehen, dass es heute des politisch gebildeten Na-

1 Friedrich Wagner, *Die Wissenschaft und die gefährdete Welt*, München 1964, S. 155



turwissenschaftlers ebenso bedarf wie des naturwissenschaftlich gebildeten Politikers. Beide müssen es aber auch wollen.

Bertolt Brecht, der den Abwurf der amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki noch im amerikanischen Exil miterlebte, bereitete damals gerade die Uraufführung seines Schauspiels „Leben des Galilei“ vor. In seiner Vorrede zur amerikanischen Aufführung stellt er mit nicht zu überbietender Konsequenz und Schärfe fest, dass Galilei die Astronomie und Physik bereichert habe, „indem er diese Wissenschaften [durch seinen Widerruf, DBH] zugleich eines Großteils ihrer gesellschaftlichen Bedeutung beraubte“. Es sei wahr, dass sich der Umschwung (der Naturwissenschaft, DBH) trotzdem vollzogen habe, aber der Skandal sei in einen Disput ausgeartet, der nur noch unter Fachleuten geführt wurde. Aus der Astronomie, die das Bürgertum zutiefst interessierte, „da sie den revolutionären Strömungen ihrer Zeit Vorschub leistete, machte er [Galilei DBH] eine scharf begrenzte Spezialwissenschaft, die sich freilich gerade durch ihre 'Reinheit', d.h. ihre Indifferenz zu der Produktionsweise, verhältnismäßig ungestört entwickeln konnte. Die Atombombe ist sowohl als technisches als auch als soziales Phänomen das klassische Endprodukt seiner wissenschaftlichen Leistung und seines sozialen Versagens“<sup>2</sup>.

Über den Zusammenhang von Wissenschaft, Macht und Politik herrscht jedoch in unserer Gesellschaft keineswegs Konsens. Da es sich um ein durchaus widersprüchliches Beziehungsgefüge handelt, werden die unterschiedlichen Seiten dieser Relation oft einseitig aufgegriffen und führen entsprechend zu diametralen Ergebnissen. Zwischen den beiden Extremen, Politik und Wissenschaft gehörten in zwei verschiedene Schubladen, und der anderen Ansicht, sie bildeten heutzutage eine förmliche Allianz, kommen alle möglichen Meinungsabstufungen vor. Viele sind von unglaublicher Naivität, weil sie sich an nicht existierenden Idealbildern orientieren.

Die Anhänger einer strikten Trennung zwischen Wissenschaft und Politik berufen sich bis heute vor allem auf den berühmten Vortrag von Max Weber „Wissenschaft als Beruf“ aus dem Jahre 1917<sup>3</sup>. Eine der Grundthesen von Weber mutet schon beim Anhören – jedenfalls im Lichte der heutigen Situation – widersinnig an: Politik sei persönliche Stellungnahme, sie hätte im Hörsaal nichts zu suchen, weder von Seiten der Studenten, noch von jener der Dozenten. Von der Einmischung in Politik hätte die Wissenschaft sich

2 Bertolt Brecht, *Leben des Galilei*, Berlin 1958, S. 199 f.

3 Max Weber, *Wissenschaft als Beruf*, Stuttgart 1995

fernzuhalten<sup>4</sup>. Doch warum? Weber antwortet: „Die Unmöglichkeit 'wissenschaftlicher' Vertretung von praktischen Stellungnahmen – außer im Falle der Erörterung der Mittel für einen als fest gegebenen vorausgesetzten Zweck – folgt aus weit tiefer liegenden Gründen. Sie ist prinzipiell deshalb sinnlos, weil die verschiedenen Wertordnungen der Welt in unlöslichem Kampf untereinander stehen“<sup>5</sup>. Aus dieser Begründung folgt fast zwangsläufig, wie es kürzlich Freerk Huisken in einem wissenschaftskritischen Text vermerkte, dass sich nach Webers Auffassung Werteordnungen einer Überprüfung durch wissenschaftlichen Sachverstand entziehen würden<sup>6</sup>.

In einem anderen ebenso berühmten Vortrag „Politik als Beruf“<sup>7</sup> fordert Max Weber aber vom Politiker „Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß“, letzteres gemeint als die „Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen“<sup>8</sup>. Zu den Realitäten zählen gewiss aber *auch* die Ergebnisse systematischer Erforschung von Natur und Gesellschaft. Sie gehören somit in das Blickfeld des Politikers.

Und in der Tat hält sich ja auch Politik keineswegs von den Ergebnissen der Wissenschaft fern. Im Gegenteil: die Politik verwirklicht sich u. a. auch durch die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, durch direkte Einmischung in wissenschaftliche Prozesse, sei es nur durch deren Finanzierungsmodalitäten, sei es durch direkte Vorgaben an die Wissenschaft, die dabei durchaus auch von den Wertevorstellungen der jeweils herrschenden politischen Kräfte bestimmt werden. Das aber soll den Wissenschaftler nichts angehen, davon soll er sich fernhalten?

Ich kenne die Meinung, Wissenschaftler sollten der Politik keine Ratschläge erteilen. Das mag sogar in einem bestimmten Umfang zutreffend sein, weil politisches Handeln allein aus einer bestimmten wissenschaftlichen Erkenntnis meist gar nicht erfolgen kann. In diesem Punkt hat natürlich Weber völlig recht, denn aus einer wissenschaftlichen Erkenntnis und deren Anwendung ergeben sich Folgen, oft erwünschte und unerwünschte zugleich, und es bedarf einer Abwägung, um zu einem Entschluss zu kommen. Und ungeachtet einer an sich wertfreien Aussage sind doch Argumente für, aber auch gegen bestimmte gesellschaftliche Arrangements durchaus vorzubringen, al-

4 Ebd., S.28 f.

5 Ebd., S.32

6 Freerk Huisken, Wissenschaft und Politik, oder: Worin Max Weber irrt (1) [www.fhuisken.de](http://www.fhuisken.de) („Erfurt-Streit“)

7 Max Weber, Politik als Beruf, Stuttgart 1992

8 Ebd., S.62

lerdings nur in genauer Kenntnis der wissenschaftlichen Aussage und ihrer möglichen Folgen. „Wertfrei“ ist daher eine wissenschaftliche Aussage nur in dem Sinne, dass sie unabhängig von den Werthaltungen ihrer Protagonisten gültig ist.

So weist z.B. Gebhard Kirchgässner vom Schweizerischen Institut für Außenwirtschaft (Universität St. Gallen) darauf hin, dass die Frage, ob man mit Hilfe der Hartz-IV-Reformen in der Bundesrepublik Deutschland das angestrebte wirtschaftliche Ziel erreichen kann, wissenschaftlichen Charakter trägt. Eine politische Entscheidung hingegen muss auch abwägen, „ob man den 'Verlierern' einer solchen Maßnahme die damit verbundenen Opfer auferlegen will und soll“<sup>9</sup>. Schon die Reaktionen der verschiedenen Parteien auf diese Maßnahme lassen erkennen, welche Rolle tatsächlich jenseits der wissenschaftlichen Grundlage die Wertesysteme dieser Parteien für die Entscheidungsfindung spielen.

### **Wachstumsbranche Politikberatung**

Ein weiteres Element kommt hinzu: Wissenschaft selbst funktioniert bekanntlich nicht ohne Dissens. Deshalb gibt es auch oft genug Expertenmeinungen zu wissenschaftlichen Fragen, die untereinander keineswegs übereinstimmen. Das gilt nicht allein für den Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften, sondern ebenso für jenen der Natur- und Technikwissenschaften. Dieser unvermeidliche Umstand hat dazu geführt, dass wissenschaftliche Expertenmeinungen im Urteil der Öffentlichkeit oft genug als politisch instrumentalisierbar angesehen werden, gleichsam: für jede politische Meinung lässt sich ein Experte finden, der sie wissenschaftlich begründet. Selbst bei dem schicksalsträchtigen Thema „Klimawandel“ wurde bereits unterstellt, dass Wissenschaftler durch die Verbreitung von Katastrophenszenarien lediglich mehr finanzielle Mittel für ihre Forschungen zu erhalten hofften. Hier zeigt sich bereits das Dilemma: Wenn der Wissenschaftler sich gegenüber der Politik in eine Beraterrolle begibt, so wird er zugleich Teil des politischen Prozesses<sup>10</sup>. Auf der anderen Seite ist

---

9 Gebhard Kirchgässner, *Wissenschaft und Politik. Chancen und Gefahren einer unvermeidlichen Allianz*, Vortrag im Rahmen des Österreichischen Wissenschaftstages Semmering, 24.-26-Oktober 2006, Fassung v. Dezember 2006, S.12. Der Text wurde mir vom Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt

10 Volkhart Wildermuth, Peter Weinhart, *Politikberatung, qualitätsgesichert*, In: *Die Akademie am Gendarmenmarkt 2007*, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin 2007, S. 57 ff.

Politikberatung durch die Wissenschaft heute weitgehend üblich geworden, weil auch die Politik erkannt hat, dass sie ohne die Mitwirkung der Wissenschaft angesichts der äußerst komplexen Gesamtsituation nicht mehr auskommt. Die Energieproblematik, der Klimaschutz, die Stammzellenforschung, aber auch der Arbeitsmarkt und die Wirtschaftsentwicklung – das sind nur einige Schlagworte, die der Wachstumsbranche Politikberatung zugeordnet werden können. Erst vor wenigen Tagen hat sich in Berlin auf Initiative von Bundesforschungsministerin Annette Schavan eine „Forschungsunion Wirtschaft-Wissenschaft“ konstituiert, die in vielen ihrer Zielsetzungen an eine Groß unseres LIFIS erinnert. In Großbritannien gibt es gar in der Person von Sir David King einen „Chief Scientific Adviser“.

Es scheint mir sicher, dass sich Wissenschaftler von der Politik heute nicht mehr fernhalten dürfen, wenn sie ihrer Verantwortung gerecht werden wollen. In diesem Sinne kann man wohl dem Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Freerk Huisken von der Universität Bremen zustimmen, wenn er zugespitzt formuliert, dass es gerade die politische Enthaltensamkeit, die Selbstverpflichtung auf die Werturteilsfreiheit ist, mit der sich die Wissenschaft den herrschenden Mächten ausliefert. Mit Bezug auf die Universitäten stellt er fest:

„Dienstleisterin für alle politischen und ökonomischen Zwecke dieser Gesellschaft ist die moderne Universität gerade darin, dass sie von der Bestimmung der gesellschaftlichen Angelegenheiten, für die ihre Ergebnisse dienstbar gemacht werden, institutionell ausgeschlossen ist und sich selbst diesen Ausschluss als höchst ehrenwertes Signum ihres Berufes anheftet“<sup>11</sup>.

Die in unserer Akademie geführte Debatte über die Verantwortung der Wissenschaft und des Wissenschaftlers steht mit diesen Fragen in engem Zusammenhang. Forschen, um die Wahrheit zu finden, ist das Eine. Mit dazu beizutragen, dass die gefundenen Wahrheiten nicht gegen das Wohl des Menschen eingesetzt werden, wie dies ja bereits massenhaft geschehen ist, das Andere.

Ich konnte hier nur einige Überlegungen zu diesem schwierigen Problemfeld vortragen, die alles andere als maßgebend sein mögen. Aber sicher scheint mir zu sein: Wenn wir die von unserem Mitglied Karl Lanus angestoßene Debatte um die Verantwortung Ernst nehmen, dann sollten wir auch intensiver über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik nachdenken. Dass dies die Wissenschaftler allein nicht tun können, scheint mir allerdings ebenso sicher. Medien und Öffentlichkeit spielen in diesem Prozess eine nicht

---

11 Siehe Fußnote 6

zu unterschätzende Rolle. Und wenn ich den Begriff „Öffentlichkeit“ hier einwerfe, dann treten neue Dimensionen des Problems hervor: ohne eine politisch gebildete und wissenschaftlich interessierte Öffentlichkeit geht es nämlich nicht. Das aber ist selbst schon wieder sowohl ein wissenschaftliches wie auch ein politisches Problem, das der Bildungsforschung ebenso wie das der kulturellen Bildung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.

Dass Wissenschaft und Politik aufeinander angewiesen sind, scheint mir sicher. Aber wie dieses Verhältnis aussehen sollte, um die darin enthaltenen Chancen zu nutzen und ihre Risiken zu minimieren, – das ist noch keineswegs ausgemacht. „Probleme ergeben sich vor allem dann, wenn eine der beiden Seiten ihre Rolle nicht genügend ausfüllt, vor allem aber dann, wenn sie ihre Rolle überzieht“, meint der bereits zitierte Schweizer Ökonom Kirchgässner. Und weiter: „...sei es, dass die Politik zu stark in den Wissenschaftsprozess eingreift und ihn damit behindert, sei es, dass sich die Wissenschaftler mit überzogenem Anspruch politisch engagieren“<sup>12</sup>.

Dieses Feld intellektuell auszuleuchten, dafür ist keine Akademie besser geeignet als eine, die sich zur Interdisziplinarität bekennt. Vielleicht sollten wir uns – angesichts der unübersehbaren Bedeutung dieses Problems im Zusammenhang mit der Wahrnehmung unserer Verantwortung - recht bald in einer Arbeitsgruppe diesem Problem zuwenden, denn auch in unserer Akademie dürfte es sehr unterschiedliche Meinungen zu diesem komplizierten Wechselverhältnis geben. Andere Akademien haben mit entsprechenden Debatten bereits begonnen. Auch die Politik ist sich darüber im Klaren, dass sie „Wissenschaft aufnehmen“ muss, – und zwar auch jenseits vordergründiger Expertenaktivitäten und rein ökonomischer Erwartungen. So ist beispielsweise im Masterplan des Berliner Wissenschaftssenators „Wissen schafft‘ Berlins Zukunft“ auch ein Wissenskolleg des Regierenden Bürgermeisters zur Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik vorgesehen, was aus meiner Sicht sehr begrüßenswert ist.

In diesem Sinne lassen Sie uns gemeinsam an die Arbeit gehen, unsere wissenschaftlichen Vorhaben auf hohem Niveau fortsetzen, ohne dabei zu vergessen, dass unsere Ergebnisse auch in der gesellschaftlichen Realität ankommen sollen. Es wäre nicht die schlechteste Idee, den im Grußwort des Senators enthaltenen Vorschlag aufzugreifen und einen Beitrag zu leisten, um wissenschaftliche Denkweisen und Ergebnisse auch an jüngere Menschen zu vermitteln, die in Zukunft die Geschicke unseres Landes mit lenken werden.

---

12 Siehe Fußnote 9, S. 24